



## Der Strommarkt: Kampf der Kulturen

Von Ulrike Simon | 23.3.2021

**Mit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes begann auf dem Strommarkt ein Kampf der Kulturen. Hier riesige Stromerzeuger, dort dezentral erzeugte erneuerbare Energien. Plädoyer für ein neues Modell.**

Es waren einmal acht große Verbundunternehmen, die waren als Dienstleister der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammen mit ca. 80 Regionalversorgern und rund 900 kommunalen Energieversorgern bequem eingerichtet; die Versorgungsgebiete waren klar abgegrenzt die Strompreise staatlich festgelegt.

Dann kam der Auftritt der EU. Nun stand nicht mehr die nationale Sicherung von flächendeckenden Dienstleistungen für die Bürger im Mittelpunkt, sondern der gemeinsame Markt in Konkurrenz zu anderen Regionen der Welt. Die [Privatisierung der ehemaligen Staatsmonopole](#) sollte nicht nur für die fällige Modernisierung von Technik und Angebot sorgen, sondern auch für günstigere

Preise und mehr Kundenfreundlichkeit. Die flächendeckende Daseinsfürsorge sollte über unabhängige staatliche Regulierungsbehörden und Verbraucherschutzgesetze abgesichert werden. Was mit dem Telekommunikationsmarkt begonnen hatte, wurde seit 1998 in Deutschland im Energiesektor fortgesetzt.

Doch der freie Strommarkt entwickelte sich nur schleppend, und bis heute sind die Strompreise eher gestiegen. Zunächst entstanden vier Oligopole, die ‚big four‘ RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW. Sie beherrschten weitgehend den Markt und die Stromnetze. Die Preise, auch an der nun neu eingeführten Strombörse, konnten sie nach ihrem Willen beeinflussen. Die Kartellbehörden traten auf den Plan, die Konzerne wurden weiter zerschlagen und schließlich im Jahr 2009 auch in Deutschland mit der Bundesnetzagentur eine Regulierungsbehörde geschaffen.

Durch das *unbundling* wurde der Strommarkt neu strukturiert. Während vorher die gesamte Lieferkette in einer Hand lag, gibt es nun vier eigentumsrechtlich getrennte Ebenen: die Stromerzeugung, den Stromhandel, die Übertragungsnetze und die Verteilnetze. Trotzdem haben heute die *big four* weiterhin eine sehr starke Stellung und sind – rechtlich getrennt – auf allen Marktebenen vertreten, teilweise auch ‚unsichtbar‘ über Unternehmensbeteiligungen und Tochterunternehmen.

Laut Kartellamt steht RWE mit 30% Marktanteil nun als der größte unter vielen großen und kleinen Stromproduzenten unter Beobachtung; zusammen beherrschen die ‚Großen‘ ca. 70% der Stromerzeugung.

Der erzeugte Strom wird über die Strombörse und auf anderen Wegen direkt an die Kunden oder an die unübersichtliche Gruppe von ca. 900 Stromanbietern verkauft, in der die ‚Großen‘ auch wieder viel Einfluss ausüben; wer weiß schon, dass zum Beispiel Yellow-Strom eine Tochter von EnBW ist?

Die Stromnetze stellen natürliche Monopole dar. Während im Telekommunikationsbereich – volkswirtschaftlich fragwürdig – die Anbieter ihre jeweils eigenen Netze bauen und betreiben können, wäre das für die Stromversorgung völlig unangemessen. So gibt es in Deutschland mit Amprion, 50Hertz, Transnet BW und TenneT vier – jeweils für ein Gebiet zuständige – Übertragungsnetzbetreiber, alle entstanden als Tochterunternehmen der *big four*. Sie bauen und betreiben im nationalen und internationalen Verbund die

Höchstspannungsnetze und die ‚Stromautobahnen‘ und sind dafür zuständig, dass immer genauso viel Strom zur Verfügung steht, wie gerade gebraucht wird.

Die Verteilnetzbetreiber (im Jahr 2020 waren es 874) betreiben die Hoch- und Mittelspannungsnetze sowie die für die erneuerbaren Energien wichtigen Niederspannungsnetze und sorgen dafür, dass der Strom zu jedem Abnehmer kommt und zunehmend auch von den dezentralen Erzeugern ins Stromnetz. Seit 2005 – nach der Privatisierungswelle, als die Kommunen 20 Jahre zuvor durch die Vergabe der Konzessionen an private Anbieter ihre knappen Kassen aufgebessert hatten – ist mit dem Ablauf dieser Rechte ein Trend zum Rückkauf der Netze zu beobachten: Etwa die Hälfte der Verteilnetze sind nun wieder in kommunaler Hand.

Die Stromkunden tragen die Kosten für beide Netze, die Netzagentur legt die Höchstpreise dafür fest.

## Auftritt der erneuerbaren Energien

Mit dem In-Kraft-Treten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2001 begann auf dem Strommarkt ein ‚Kampf der Kulturen‘. Auf der einen Seite vorwiegend riesige, weltweit operierende Stromerzeuger mit großen Kraftwerken, die gleichmäßig hauptsächlich aus Kohle, Gas und Atomkraft Strom erzeugen und die Mengen relativ gut berechenbar auf den jeweiligen Bedarf abstimmen können. Der Strom läuft konstant in eine Richtung, vom Erzeuger zum Verbraucher. Die Betriebs-/Grenzkosten dieser Anlagen sind im Vergleich zu den Investitionskosten relativ hoch.

Auf der anderen Seite die dezentral erzeugten erneuerbaren Energien, lokal verankert, zunächst vorwiegend in Bürgerhand. Der Stromhandel wird zur Zweibahnstraße, denn zunehmend treten *prosumer* auf den Plan – Marktteilnehmer, die nicht nur als *consumer* Strom kaufen, sondern auch selbst produzierten Strom liefern. Die Grenzkosten dieser Energien laufen gegen Null, während die Investitionskosten anfangs relativ hoch liegen. Aber sie sind ‚dargebotsabhängig‘, das heißt, die Produktion hängt vom Wetter ab und das Angebot fluktuiert außerdem stark.

Spätestens nachdem im Jahr 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Netto-Stromerzeugung erstmals die 50% Grenze überschritt, ist klar, dass es möglich wäre, von einem Modell auf das andere umzusteigen. Soll dies aber gelingen, muss der Energiemarkt fundamental umgestaltet werden. Neue

Akteure treten auf den Plan, die alten Akteure müssen sich umstellen oder abdanken, das Netz muss technisch umgebaut werden, die Finanzierung und Preisfindung für Stromerzeugung und -netze verändern sich.

David gegen Goliath? Noch im Jahr 2016 lagen nur 6,5% der installierten Leistung für erneuerbare Energien in der Hand der *big four* und 42% in der von Privatpersonen und Landwirten. Heute [verschiebt sich dieses Verhältnis](#) zunehmend hin zu den Großen; dieser Trend wird sich durch den wirtschaftlichen Anreiz der Corona-Maßnahmen verstärken.

Wären Deutschland oder die EU ein Konzern, so würde ein Umbaubeschluss *top down* durch organisiertes *change management* umgesetzt, die innerbetriebliche Akzeptanz und Sozialverträglichkeit wären Teil des Managementkonzepts.

Unser Energiewende-Umbau spielt sich mehr oder weniger demokratisch und transparent über die politischen Auseinandersetzungen in den Ministerien und im Parlament ab, wo vor und hinter den Kulissen finanzkräftige Lobbyisten sich im Widerstreit mit den Vertretern der Erneuerbaren-Energie-Unternehmen befinden und außerparlamentarisch politische Parteien, Verbände, *Think Tanks* und Bürgerinitiativen den Kampf um Strom austragen. Und hier findet sich dann auch die Erklärung für die Ausbaubremse erneuerbarer Energien.

Es geht um Ressourcenknappheit und die Umsetzung des gesellschaftlichen Ziels, der Bekämpfung des Klimawandels und unsere diesbezüglich eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Es geht um die stabile und bezahlbare Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Es geht aber auch um

- die nationalen und gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der EU-Mitglieder,
- den (Verlust von) Marktmacht, um die wirtschaftlichen Interessen der Marktteilnehmer, darum, wer von der Stromerzeugung und -übertragung profitiert, um Arbeitsplätze, Besitzstandswahrung, Naturschutz, die Angst vor Neuem und/oder sozialem Abstieg und nicht zuletzt
- um grundsätzliche wirtschafts- und sozialpolitische Konzeptionen und geopolitische Weichenstellungen.

## Auftritt der Zweifler

Gehen durch die Energiewende und den Atomausstieg unsere Lichter aus? Die drohenden Gefahren werden immer wieder heraufbeschworen. Zehn Jahre nach

dem deutschen Ausstieg aus dem Atomwiedereinstieg im Zuge des GAUs von Fukushima gibt es weiterhin Kritiker, die den deutschen Sonderweg als wirtschaftsschädliche Fehlentscheidung ansehen, als Weg, der nur in die Abhängigkeit von russischen Gasimporten führe. Und tatsächlich sind flexible, moderne Gaskraftwerke eine wichtige Übergangstechnologie auf dem Weg zur vollständigen Dekarbonisierung. Dass diese ohne Atomkraft nicht zu stemmen sei, ist durchaus eine verbreitete Auffassung – und so wird weltweit die zivile Nutzung der Kernenergie weiter vorangetrieben.

Die Tatsache, dass 2022 bei uns das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen wird, gab jedoch den Argumenten der deutschen Kohleindustrie wieder Auftrieb, dass man nämlich auf sie noch lange nicht verzichten könne. Inzwischen ist der Kohleausstieg politisch aber beschlossene Sache. Am 1. Januar 2021 gingen die ersten 11 Steinkohlekraftwerke vom Netz. Die Kraftwerke erhalten hohe Entschädigungen, 40 Milliarden Euro fließen in die betroffenen Regionen, um den Strukturwandel dort sozialverträglich abzufedern. Spätestens bis 2038 soll der Ausstieg vollzogen sein.

Nach Ansicht von Umweltverbänden ist das viel zu spät, nicht nur wegen des Klimaschutzes, sondern auch, weil sonst der notwendige beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien – vor allem der Windenergie – ausgebremst wird. Denn auf dem Strommarkt geht es nun darum, wer den Hut aufhat. Die konventionellen Versorger sahen sich als Sicherer der konstanten Grundlast, aus dieser Sicht ergänzen die flatterhaften Erneuerbaren lediglich das Angebot.

Dieses Verhältnis muss sich jetzt umkehren, die erneuerbaren Energien bilden inzwischen das Rückgrat der Stromversorgung und den konventionellen Energien kommt die flexible, ergänzende Rolle zu. Das jetzige Strommarktdesign erlaubt es jedoch, dass konventionelle Kraftwerke Strommengen produzieren, die nicht benötigt werden. So entstehen Leitungsengpässe, die dann teilweise zur Abregelung CO<sub>2</sub>-freier, Erneuerbarer Energien führen.

Das gibt nun wieder denjenigen Auftrieb, die die Ausbaukorridore für Windenergie sowieso schmaler gestalten möchten. Auch für den uninformierten Beobachter sieht es so aus, als seien die trotz Wind stillstehenden Windturbinen überflüssig. Und das bestärkt die Gegner der Windenergie, von denen es in der Bevölkerung – ganz im Gegensatz zur Photovoltaik – recht viele gibt.

Die Bedenken der Menschen in den betroffenen Gebieten in Bezug auf Lärmbelastung, Naturschutz und Landschaftsbild sind ernst zu nehmen und in

den Planungen zu berücksichtigen. Ob in einer Gemeinde die Menschen von der Windkraft profitieren und, wenn ja, wer genau, ist keinesfalls unwichtig, im Gegenteil. Hier müssen Lösungen gesucht und gefunden werden.

Aber es sind ja nicht nur Bürgerinitiativen vor Ort, die, oft auf dem Klageweg, aktiv werden. Verstärkung erhalten sie dabei von „einem Netzwerk von Gegnern der Energiewende, unterstützt von der Industrie“, so das im Februar dieses Jahres von Greenpeace veröffentlichte Rechercheergebnis [zur Anti-Windkraft-Bewegung](#). Allen voran stehe die „Bundesinitiative Vernunftkraft e.V.“, deren Vorsitzender Nikolai Ziegler als Referent im Bundeswirtschaftsministerium arbeitet. Indizien sprechen für Verbindungen dieser recht finanzkräftigen Organisation zur Kohleindustrie.

Die CDU muss sich fragen lassen, ob sie vorwiegend die Anliegen der Bürger vor Ort oder die Besitzstandsinteressen der organisierten Anti-Windkraft-Lobby bedient hat, als sie im vorigen Jahr der [Abschaffung des Solardeckels](#) ursprünglich nur zustimmen wollte, wenn andererseits bundesweit die Abstandsregelungen für die Errichtung neuer Windkraftanlagen strenger gestaltet würden. Die für die Energiewende enorm wichtige Windkraft benötigt in jedem Fall mehr Akzeptanz.